

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 9 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 - über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung, Artikel 7 Nr. 4 und Artikel 9;

Aufgrund des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft, Artikel 1 Absatz 3, Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c) und Absatz 2, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 §3, Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 5, Artikel 12 §4, Artikel 13 §3, Artikel 14 Absatz 4, Artikel 15 §3 Absatz 2, Artikel 20 Absatz 3, Artikel 24 Absatz 2, Artikel 25 §1 Absatz 4 und §2 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 10. Oktober 2004 zur Aufstellung der Liste der sozialwirtschaftlichen Initiativen im Hinblick auf die Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 4. Mai 2007 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens der Eingliederungsbetriebe;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 10. Januar 2019 zur Festlegung der Liste gewisser Maßnahmen zur sozialberuflichen Integration im Beschäftigungsbereich;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. * vom *;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vom *;

Aufgrund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom *;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsausschusses für den Bereich selbstbestimmtes Leben vom *;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens der öffentlichen Sozialhilfezentren vom *;

In Erwägung des Gutachtens des ArbeitgeberInnenverbandes für den nichtkommerziellen Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom *

In Erwägung des Gutachtens des Föderalen öffentlichen Dienstes Wirtschaft vom *;

Auf Vorschlag des Ministers für Sozialökonomie;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft;
2. Minister: der für Sozialökonomie zuständige Minister;
3. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
5. Verwaltung: der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 – Prinzipien der Sozialwirtschaft

Das in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets erwähnte Ziel gilt als erfüllt, wenn die Satzungen des Sozialbetriebs die Verwirklichung mindestens eines sozialen Ziels und/oder eine Aktivität umfasst, die einem sozialen, gesellschaftlichen Bedarf oder dem Bedarf einer spezifischen, benachteiligten Gruppe entspricht.

Für die Erfüllung des in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 5 des Dekrets erwähnten Ziels orientiert sich der Sozialbetrieb nachweislich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Diesbezüglich gilt das dort erwähnte Ziel als erfüllt, wenn der Sozialbetrieb Aktivitäten durchführt, die zur Erreichung von mindestens fünf der Ziele beitragen.

Art. 3 – Benachteiligte Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen

§1 – Für die Anwendung von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c) des Dekrets gelten Personen mit den folgenden Vermittlungshemmnissen als benachteiligte Personen:

1. Arbeitsuchende, insbesondere Langzeitarbeitslose oder niedrigqualifizierte Arbeitsuchende im Sinne von Absatz 2, Langzeitkranke und Invalide, die eines oder mehrere der folgenden Vermittlungshemmnisse auf psychosozialer Ebene aufweisen:

- a) mangelnde Sozialkompetenzen;
- b) geistige, psychische und/oder physische Beeinträchtigungen;
- c) Probleme auf Ebene der Arbeitsausführung;
- d) Probleme auf Ebene der persönlichen Fähigkeiten und Motivation;

2. Arbeitsuchende in schwierigen Lebenssituationen, die sich durch eine oder mehrere der folgenden ungünstigen Rahmenbedingungen kennzeichnen:

- a) persönliche Rahmenbedingungen;
- b) familiäre Situationen und Betreuungsverhältnisse;
- c) soziale Rahmenbedingungen;
- d) Wohnsituation;
- e) finanzielle Situation.

Als niedrigqualifiziert gelten unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die vor Beginn ihrer Tätigkeit bei einem sozialen Eingliederungsbetrieb nicht im Besitz eines:

1. Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;

2. Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;

3. gleichwertigen Zeugnisses wie unter den Nummern 1 und 2 eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind.

§2 – Die Bewertung der in §1 Absatz 1 aufgeführten Hemmnisse und Situationen wird durch den gemäß Artikel 5 begleitenden Vermittlungsdienst vorgenommen. Hierzu berücksichtigt der Vermittlungsdienst die Fähigkeit, die berufliche Vergangenheit und die persönliche Situation der benachteiligten Person. Der Vermittlungsdienst kann die benachteiligte Person einem medizinischen, psychologischen sowie Berufseignungstest unterziehen. Darüber hinaus bewertet der Vermittlungsdienst, inwiefern die Ausbildung in den Eingliederungsweg der benachteiligten Person passt und für diese Person arbeitsmarktrelevant ist.

Art. 4 – Betreute Freiwillige

Als betreute Freiwillige im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d) des Dekrets gelten Freiwillige im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 2005 über die Rechte der Freiwilligen, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. der ihn gemäß Artikel 5 begleitende Vermittlungsdienst oder die gemäß Absatz 3 im Psychiatriebereich tätige Einrichtung hat die Beschäftigung im Rahmen einer betreuten Freiwilligenarbeit als für die persönliche und berufliche Entwicklung der Person angezeigt erachtet;

2. der soziale Eingliederungsbetrieb und der Freiwillige haben unter Berücksichtigung des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 2005 eine befristete Vereinbarung abgeschlossen, die mindestens folgende Elemente enthält:

- a) die Benennung eines Arbeitsbetreuers im soziale Eingliederungsbetrieb;

- b) die Häufigkeit, die Art und den Umfang der Tätigkeiten;
- c) die Zielsetzung der Tätigkeit;
- d) der Ort, an dem die Tätigkeiten ausgeübt werden;
- e) die Regelungen zu Versicherung, Arbeitskleidung, Sicherheits- und Hygienevorschriften;
- f) die Art und die Häufigkeit der Evaluierung der Freiwilligenarbeit.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Vereinbarung kann nach gemeinsamer Evaluierung durch den jeweiligen Vermittlungsdienst und dem sozialen Eingliederungsbetrieb verlängert werden.

Betreute Freiwillige können sowohl durch die in Artikel 5 erwähnten Vermittlungsdienste als auch durch folgende im Psychiatriebereich tätige Einrichtungen in einen sozialen Eingliederungsbetrieb vermittelt werden:

1. psychiatrische Pflegewohnheime im Sinne des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die psychiatrischen Pflegewohnheime;
2. Initiativen des begleiteten Wohnens im Sinne von Artikel 6 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen.

Für die Vermittlung in einen sozialen Eingliederungsbetrieb stellen die Vermittlungsdienste und die vermittelnden im Psychiatriebereich tätigen Einrichtungen sicher, dass die Beschäftigung für die persönliche und berufliche Entwicklung geeignet ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn:

1. der betreute Freiwillige aufgrund einer Kombination von psychischen, medizinischen und sozialen Problematiken, die dauerhaft seine Gesundheit und/oder seine soziale Integration und somit seine berufliche Eingliederung beeinträchtigen, nicht in der Lage ist, während mindestens 13 Stunden pro Woche an einer Ausbildung teilzunehmen oder einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder einer angepassten Arbeit nachzugehen;
2. die Beschäftigung dazu geeignet ist, den betreuten Freiwilligen auf eine Vorschaltmaßnahme vorzubereiten.

Art. 5 – Vermittlungsdienste

Die in den Artikeln 3 und 4 erwähnten Personen können durch die im Dekret vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung erwähnten Vermittlungsdienste in einen sozialen Eingliederungsbetrieb vermittelt werden.

Abschnitt 2 – Gemeinsame Verfahrensbestimmungen

Art. 6 – Einleitende Bestimmung

Insofern durch vorliegenden Erlass nicht anders geregelt, findet vorliegender Abschnitt Anwendung auf die Verfahren:

1. zur Erteilung, zur Aussetzung und zum Entzug einer Anerkennung als Sozialbetrieb, als sozialer Eingliederungsbetrieb oder als Vorschalt- und Integrationszentrum;
2. zur Erteilung des in Artikel 10 des Dekrets vorgesehenen Mandats;
3. zum Erhalt oder Revision einer Bezuschussung oder Förderung;
4. bezüglich des Einspruchs gegen die im Rahmen der Nummern 1 bis 3 getroffenen Entscheidungen.

Art. 7 – Möglichkeit der Nutzung eines elektronischen Formulars

Jeder in vorliegendem Erlass vorgesehene Antrag kann sowohl in elektronischer als auch

in Papierform bei der Verwaltung eingereicht werden. Die Verwaltung stellt die entsprechenden Formulare zur Verfügung.

Art. 8 – Verlängerung der Bearbeitungs- und Entscheidungsfristen

Alle in vorliegendem Erlass vorgesehenen Bearbeitungs- und Entscheidungsfristen werden von Rechts wegen um 40 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzen oder ablaufen.

Art. 9 – Zulässigkeitsprüfung

Alle in vorliegendem Erlass vorgesehenen Antragsverfahren unterliegen einer Zulässigkeitsprüfung durch die Verwaltung.

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller innerhalb von 15 Tagen ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Ein Antrag, der nicht die für die Bearbeitung des jeweiligen Antrags vorgeschriebenen Dokumente und Angaben enthält, gilt als unzulässig.

Liegen nach Ablauf einer Frist von einem Monat nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, erklärt die Verwaltung den Antrag für unzulässig.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller eine Unzulässigkeitsentscheidung per Einschreiben.

Art. 10 – Inhaltliche Prüfung

Alle in vorliegendem Erlass vorgesehenen Antragsverfahren unterliegen einer inhaltlichen Prüfung durch die Verwaltung.

Die Verwaltung prüft die eigentlichen Anträge und erstellt innerhalb von 15 Tagen ab Vollständigkeit des Antrags eine begründete Empfehlung über dessen Erteilung oder Verweigerung und übermittelt dem Minister den Antrag sowie ihre Empfehlung.

Art. 11 – Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet über die jeweiligen Anträge innerhalb eines Monats ab der in Artikel 10 erwähnten Übermittlung.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 12 – Einspruchsverfahren

Der Antragsteller kann im Fall einer Ablehnung seines Antrags bzw. im Fall der Aussetzung, der Aufhebung oder des Entzugs eines ihm durch oder aufgrund des Dekrets gewährten Rechts bei der Regierung Beschwerde einreichen.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen eine Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats nach Erhalt der strittigen Entscheidung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der jeweiligen Beschwerde.

Artikel 11 Absätze 2 und 3 sind entsprechend anwendbar.

KAPITEL 2 – ANERKENNUNG

Abschnitt 1 – Bedingungen für die Anerkennung als Sozialbetrieb

Art. 13 – Betriebsführerkenntnisse

Die Betriebsführerkenntnisse der Geschäftsführung des Sozialbetriebs gelten für die Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets als ausreichend, insofern die gemäß Titel 2 des Programmgesetzes vom 10. Februar 1998 zur Förderung des selbständigen Unternehmertums und die in den Artikeln 7 und 8 des Königlichen Erlasses vom 21. Oktober 1998 zur Ausführung von Titel II Kapitel I des Programmgesetzes vom 10. Februar 1998 zur Förderung des selbständigen Unternehmertums gestellten Anforderungen in Bezug auf die dort erwähnten unternehmerischen Fähigkeiten erfüllt sind.

Abschnitt 2 – Bedingungen für die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb

Art. 14 – Zu berücksichtigendes Personal des sozialen Eingliederungsbetriebs

Für die Anwendung von Artikel 5 Absatz 1 Nummer 6 des Dekrets werden ausschließlich benachteiligte Personen berücksichtigt.

Der Antragsteller einer Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb schlüsselt anhand einer Personalliste auf, welche Personalmitglieder als benachteiligte Personen im Rahmen der sozialberuflichen Eingliederung beschäftigt oder ausgebildet werden und welche Personalmitglieder andere Funktionen im Betrieb wahrnehmen.

Bei der Aufschlüsselung gibt der Antragsteller hinsichtlich der benachteiligten Personen an, in welcher Eigenschaft er sie beschäftigt:

1. AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigte;
2. in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren erwähnte Personen;
3. Personen, die in Anwendung von Artikel 20 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende im Rahmen eines Berufsausbildungsvertrags an einer Vorschalt- und Integrationsmaßnahme teilnehmen;

4. Personen, die im Rahmen eines Ausbildungspraktikum der Dienststelle in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung beschäftigt sind;

5. Personen, die der Anwendung der Artikel 63 bis 65 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung unterliegen;

6. Arbeitnehmer, die eine Wiedereingliederungszulage in Anwendung einer der folgenden Bestimmungen beziehen oder Anrecht auf eine Beteiligung in Anwendung einer der folgenden Erlasse eröffnen:

a) Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;

b) Artikel 131*quinquies* des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

c) Königlicher Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

d) Königlicher Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird.

7. Personen, die der Anwendung von Artikel 14 §§1 bis 3 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge unterliegen;

8. Personen, die in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess Ausbildung im Betrieb absolvieren;

9. Personen, die einer Beschäftigung in Anwendung in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 26. April 1994 zur Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt nachgehen;

10. Personen, die in Anwendung von Artikel 11 §1 Nummern 2 oder 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten beschäftigt sind;

11. Personen, die Sozialstunden leisten;

12. Arbeitnehmer, die einen Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag ausführen.

Für die Anwendung von Absatz 3 holt die Verwaltung die vorhandenen Bescheinigungen aus eigener Initiative beim Arbeitsamt und der Dienststelle ein. Der Antragsteller stellt sicher, dass er im Besitz folgender Bescheinigungen ist:

1. für die in Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Personen: eine Bescheinigung eines öffentlichen Sozialhilfezentrums;

2. für die in Absatz 3 Nummern 6 und 7 erwähnten Personen: eine Bescheinigung eines öffentlichen Sozialhilfezentrums, des Landesamts für Arbeitsbeschaffung oder des Wallo-nischen Amtes für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung.

Art. 15 – Erleichterte Personalvorgabe für neue soziale Eingliederungsbetriebe

Antragsteller, die ihre Tätigkeit gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Dekrets seit weniger als drei Jahren ausüben, können anerkannt werden, wenn sie in den ersten drei Jahren nach Aufnahme ihrer Tätigkeit mindestens 30 % ihres Personals mit benachteiligten Personen

besetzen.

Art. 16 – Sozialpädagogisches Konzept

Das in Artikel 5 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets erwähnte sozialpädagogische Konzept enthält folgende Angaben:

1. Informationen zum mit jeder benachteiligten Person abzuschließenden individuellen Entwicklungsplan. Dieser individuelle Entwicklungsplan:
 - a) klärt die vorhandenen individuelle fachlichen und sozialen Kompetenzen ab;
 - b) definiert, welche fachlichen und sozialen Kompetenzen zu fördern und weiterzuentwickeln sind;
2. Rhythmus der Evaluierung der benachteiligten Person;
3. Beschreibung der angewandten Methoden zur Feststellung der vorhandenen und der zu vermittelnden Sozial- und Fachkompetenzen bzw. Teilqualifizierungen innerhalb oder außerhalb der Einrichtung;
4. Beschreibung der Tätigkeitsbereiche, in denen die benachteiligten Personen arbeiten oder ausgebildet werden;
5. Beschreibung der Qualifikationen und/oder Erfahrung des für die sozialpädagogische Betreuung eingesetzten Fachpersonals.

Art. 17 – Weitere Anerkennungsbedingungen

Um als sozialer Eingliederungsbetrieb anerkannt zu werden:

1. werden beim Antragsteller mindestens 4 benachteiligte Personen im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung begleitet;
2. verfügt der Antragsteller über eine Geschäftsführung, die über ausreichend Betriebsführungskennntnisse gemäß Artikel 13 verfügt.

Die in Artikel 5 des Dekrets und im vorliegenden Abschnitt festgelegten Anerkennungsbedingungen sind zum Zeitpunkt der Antragstellung zu erfüllen.

Abschnitt 3 – Bedingungen für die Anerkennung als Vorschalt- und Integrationszentrum

Art. 18 – Anzahl und Tätigkeitsgebiet der Vorschalt- und Integrationszentren

Im deutschen Sprachgebiet können höchstens zwei Vorschalt- und Integrationszentren anerkannt werden, wobei sich das territoriale Tätigkeitsgebiet für das eine Zentrum hauptsächlich auf den Norden und für das andere Zentrum hauptsächlich auf den Süden des deutschen Sprachgebiets erstreckt.

Für die Anwendung von Absatz 1 versteht man unter:

1. Norden des deutschen Sprachgebiets: die Gemeinden Eupen, Lontzen, Kelmis und Raeren;
2. Süden des deutschen Sprachgebiets: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith.

Art. 19 – Zu erwirtschaftende Eigeneinnahmen

Der gemäß Artikel 6 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets zu erwirtschaftende Mindestprozentsatz an Eigeneinnahmen beträgt 12% der Gesamteinnahmen auf Jahresbasis.

Art. 20 – Mindestanzahl Teilnehmer

Um als Vorschalt- und Integrationszentrum anerkannt werden zu können, werden beim Antragsteller mindestens vier benachteiligte Personen im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung begleitet.

Art. 21 – Weitere Anerkennungsbedingungen

Um als Vorschalt- und Integrationszentrum anerkannt werden zu können:

1. bietet der Antragsteller eine Begleitung von mindestens 35 Stunden pro Woche in einer Integrationsmaßnahme oder mindestens 28 Stunden in einer Vorschaltmaßnahme an. Die tatsächlichen Teilnahmestunden sind individuell mit der benachteiligten Person unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten und dem Vermittlungsdienst zu bestimmen. Die Maßnahmen können jederzeit auf den individuellen Bedarf abgestimmt werden;
2. enthält das sozialpädagogische Konzept neben den in Artikel 16 erwähnten Angaben, Erläuterungen zu den Methoden, mit denen die Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen angeboten und umgesetzt werden;
3. enthält der Antrag ein Gutachten des Arbeitsamtes hinsichtlich der Beschäftigungskohärenz der angebotenen Maßnahmen.

Die in den Artikeln 5 und 6 des Dekrets, in Abschnitt 2 und im vorliegenden Abschnitt festgelegten Anerkennungsbedingungen sind zum Zeitpunkt der Antragstellung zu erfüllen.

Abschnitt 4 – Anerkennungs- und Entzugsverfahren

Art. 22 – Gemeinsame Bestimmung für Anträge auf Anerkennung

Die Verwaltung stellt dem Antragsteller ein Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung der Anerkennung, die beantragt wird;
2. Bezeichnung des Antragstellers, die juristische Form und Unternehmensnummer;
3. Adresse und Tätigkeit der Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet;
4. Angaben über den Gesellschaftszweck;
5. Bestätigung, dass keine Verstöße gegen die gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen in Bezug auf die Ausübung seiner Tätigkeit, insbesondere in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Buchhaltung, Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht vorliegen;
6. Bestätigung, dass keine Steuer- oder anderweitige Schulden gegenüber dem Landesamt für soziale Sicherheit oder dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausstehen;
7. Bestätigung, dass die Geschäftsführung über ausreichend Betriebsführungskenntnisse verfügt mit Angabe, welcher der gemäß Artikel 13 festgelegten Bedingungen der Antragsteller entspricht.

Dem in Absatz 1 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. eine Beschreibung des Projekts im Bereich der Sozialwirtschaft;
2. eine Erklärung, inwiefern er den in Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Prinzipien entspricht;
3. eine Kopie der Satzungen, insofern diese nicht in der Unternehmensdatenbank verfügbar sind.

Art. 23 – Antrag auf Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb

Der Antragsteller einer Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb fügt dem Antrag zusätzlich zu den in Artikel 22 Absatz 2 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente bei:

1. die in Artikel 14 Absatz 2 erwähnte Personalliste und, falls zutreffend, eine Kopie der in Artikel 14 Absatz 5 erwähnten Bescheinigungen;
2. das in Artikel 16 erwähnte sozialpädagogische Konzept;
3. eine Übersicht der vorhandenen Diplome und/oder anderer sachdienlicher Befähigungsnachweise der Betreuer.

Art. 24 – Aussetzung der Anerkennung

Kommt der betroffene Betrieb nach der in Artikel 9 des Dekrets erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einem Gutachten der Verwaltung die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Betrieb per Einschreiben seine Absicht mit. Der Betrieb kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung.

Die Aussetzung der Anerkennung hat die Aussetzung der Auszahlung von etwaigen Zuschüssen, die in Anwendung des Dekretes gewährt werden, zur Folge.

Artikel 11 Absätze 2 und 3 sind entsprechend anwendbar.

Art. 25 – Entzug der Anerkennung

Wenn der Minister sich dazu veranlasst sieht, die Anerkennung zu entziehen, teilt er dem betroffenen Betrieb per Einschreiben seine Absicht mit.

Der Betrieb kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug der Anerkennung.

Abschnitt 5 – Betrauungsakt

Art. 26 – Antragsverfahren

Antragsteller können die Erteilung eines Mandats im Sinne von Artikel 10 des Dekrets durch Einreichen des in den Artikeln 22 und 23 vorgesehenen Formulars beantragen.

Art. 27 – Betrauung

Der Minister erteilt das Mandat für eine Dauer von zehn Jahren. Es bezieht sich auf die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die in der sozialpädagogischen Betreuung im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets

besteht.

Gemäß Artikel 4 des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, enthält das Mandat insbesondere folgende Elemente:

1. Gegenstand und Dauer der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets;
2. Bezeichnung des Unternehmens und gegebenenfalls das betreffende Gebiet;
3. Art etwaiger dem Unternehmen durch den Minister gewährter ausschließlicher oder besonderer Rechte;
4. Beschreibung des Ausgleichsmechanismus und Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen;
5. Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen;
6. Verweis auf den Beschluss der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011.

Art. 28 – Entzug

Der Entzug der Anerkennung hat den Entzug des Mandats zur Folge.

KAPITEL 3 – BEZUSCHUSSUNG ANERKANNTER BETRIEBE UND FÖRDERUNG VON INNOVATIVEN PROJEKTEN

Abschnitt 1 – Bezuschussung von anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieben

Art. 29 – Qualifikation und Berufserfahrung der Betreuer

Für den Erhalt des in Artikel 11 des Dekrets erwähnten Zuschusses stellt der soziale Eingliederungsbetrieb sicher, dass der Betreuer über ein der Funktion entsprechendes Diplom oder Abschlusszeugnis und/oder über relevante Berufserfahrungen verfügt.

Insofern aus den in Absatz 1 aufgeführten Dokumenten nicht hervorgeht, welche Qualifikation und/oder Berufserfahrungen der betreffende Betreuer für die einzunehmenden Funktion vorweisen kann, gilt die in Artikel 11 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnte Bedingung ebenfalls als erfüllt, wenn der soziale Eingliederungsbetrieb nachweisen kann, dass der betreffende Betreuer über formelle und/oder informelle für seine Funktion relevante Kompetenzen verfügt.

Art. 30 – Führung der Betreuer

Für die Anwendung von Artikel 11 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets darf der Betreuer in Belgien nicht infolge eines rechtskräftigen Urteils für eines der in Buch II Titel VIII Kapitel I, I/1, III, IIIbis/1, IIIquater, IV, IVter und Titel IX, Kapitel I und II des Strafgesetzbuches oder für eines der im oder durch das Gesetz vom 24. Februar 1921 über den Handel mit Giftstoffen, Schlafmitteln, Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen, Desinfektions- oder antiseptischen Mitteln und mit Stoffen, die zur unerlaubten Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen verwendet werden können, vorgesehenen Vergehen verurteilt worden sein, außer wenn das Urteil bedingt war und der Verurteilte das Recht auf Strafaufschub nicht verloren hat oder wenn die bestraften Taten nicht in Zusammenhang mit einer ähnlichen Tätigkeit begangen wurden und fünf Jahre seit der Urteilsverkündung oder gegebenenfalls seit dem Ende des Freiheitsentzuges vergangen sind.

Der Betreuer darf im Ausland nicht infolge eines rechtskräftigen Urteils für ein mit den in Absatz 1 erwähnten vergleichbares Vergehen verurteilt worden sein.

Der Betreuer ist verpflichtet, dem sozialen Eingliederungsbetrieb bei der Einstellung oder auf Anfrage einen entsprechenden, aktuellen Auszug aus dem Strafregister vorzulegen. Auf Anfrage eines gemäß dem Dekret vom 27. März 2023 über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik bestellten Inspektors müssen der soziale Eingliederungsbetrieb oder die betroffenen Betreuer einen aktuellen, für eine öffentliche Verwaltung bestimmten Auszug aus dem Strafregister vorlegen können.

Art. 31 – Antragsverfahren

Betriebe können die in Artikel 11 des Dekrets vorgesehene Bezuschussung entweder gleichzeitig mit den in den Artikeln 22 bzw. 23 erwähnten Anträgen oder zu jedem anderen Zeitpunkt nach Erteilung der Anerkennung beantragen.

Die Verwaltung stellt dem Antragsteller ein Antragsformular zur Verfügung, das über die in den Artikeln 22 bzw. 23 erwähnten Elemente hinaus folgende Elemente abfragt:

1. die formellen und/oder informellen relevante Kompetenzen, über die der Betreuer, für den eine Bezuschussung beantragt wird, gemäß Artikel 29 Absatz 2 verfügt;
2. Informationen zur einwandfreien Führung des Betreuers;
3. Angaben zur Funktion und zu den Tätigkeitsbereichen des Betreuers;
4. die Anzahl zu betreuende benachteiligte Personen.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. bei Anwendung von Artikel 29 Absatz 2 eine Erklärung des Betriebs über die formellen und/oder informellen relevanten Kompetenzen, über die der Betreuer verfügt;
2. ein Auszug aus dem Strafregister für den Betreuer.

Art. 32 – Revision der Bezuschussung auf Antrag des Betriebs

Der zuschussberechtigte Betrieb kann einen Antrag auf Revision der Bezuschussung stellen, wenn Änderungen vorliegen, die eine Erhöhung der Bezuschussung rechtfertigen.

Ein Antrag auf Revision wird schriftlich bei der Verwaltung eingereicht. Er gibt Aufschluss darüber, welche Änderungen des Personalstamms einen Bedarf an der Finanzierung von zusätzlichen Betreuern rechtfertigen.

Dem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. die in Artikel 14 Absatz 2 erwähnte Personalliste;
2. eine Kopie der Diplome und/oder anderer sachdienlicher Befähigungsnachweise der Betreuer.

Art. 33 – Revision der Bezuschussung von Amts wegen

§1 – Die Verwaltung prüft in jedem Semester die tatsächliche in Artikel 5 Absatz 1 Nummer 8 bzw. Artikel 6 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vorgesehene Beschäftigung der benachteiligten Personen und der Betreuer. Zu diesem Zweck reicht der Betrieb jedes Semester bis spätestens zum 15. des darauffolgenden Monats eine Personalliste bei der Verwaltung ein, die sich aus den Quartalsangaben auf Basis der monatlichen Anwesenheiten ergibt, und die Aufschluss über die Anzahl von benachteiligten Personen gibt.

Aus diesen Listen errechnet die Verwaltung pro Quartal die durchschnittliche Anzahl

benachteiligter Personen, die einem Betreuer gemäß Artikel 5 Absatz 1 Nummer 8 bzw. Artikel 6 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets zugeordnet sind.

§2 – Wird die in Artikel 5 Absatz 1 Nummer 8 bzw. Artikel 6 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vorgesehene Vorgabe im Durchschnitt während zwei aufeinanderfolgenden Quartalen nicht erreicht, wird der Zuschuss ab dem darauffolgenden Semester entsprechend gemindert.

Die Verwaltung setzt den Betrieb über eine etwaige Minderung des Zuschusses schriftlich in Kenntnis.

§3 – Wird die in Artikel 5 Absatz 1 Nummer 8 bzw. Artikel 6 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vorgesehene Vorgabe im Durchschnitt während zwei aufeinanderfolgenden Quartalen überschritten, kann der Betrieb einen Antrag auf eine zusätzliche bezuschusste Betreuerstelle einreichen.

Die Verwaltung setzt den Betrieb über eine etwaige Erhöhung des Zuschusses in Kenntnis.

§4 – Für die Berechnung des Verhältnisses von Betreuern zu benachteiligten Personen in Anwendung von §1 Absatz 2 und der §§2 und 3 gelten die in den Anhängen 1 und 2 festgelegten Tabellen.

Art. 34 – Höhe der Bezuschussung

Die Bezuschussung ist für jeden vollzeitäquivalent beschäftigten Betreuer pro Jahr auf die gemäß dem Artikel 36 festgelegten förderfähigen Gehaltskosten mit einem maximalen Zuschussbetrag von 33.000 Euro begrenzt.

Der Minister kann die Zuschüsse zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.

Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

Art. 35 – Auszahlungsmodalitäten

Der erste Zuschuss wird auf Grundlage der im Antrag angegebenen Elemente ausbezahlt.

Der Zuschuss wird monatlich in Zwölftel gezahlt. Für jede gewährte Stelle sind die entsprechenden Gehaltsbelege einzureichen. Diese sind für die Jahresabrechnung bis spätestens 31. Januar des darauffolgenden Jahres bei der Verwaltung einzureichen. Die eventuelle Differenz zwischen den Belegen und dem gewährten Zuschuss wird verrechnet oder ggf. zurückgefordert.

Art. 36 – Förderfähige Gehaltskosten

§1 – Der jährliche Gesamtbetrag der Bezuschussung kann die Summe der folgenden Beträge nicht überschreiten:

1. das Bruttogehalt;
2. das Urlaubsgeld;
3. die aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlende Jahresendprämie oder vorgeschriebene Beteiligung an den Fahrtkosten zum Arbeitsplatz;
4. die durch den Arbeitgeber zugunsten des Landesamtes für soziale Sicherheit zu zahlenden Beträge.

Pro Betreuer wird der Zuschuss um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§2 – Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Verwaltung unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und jegliche Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des Betreuers in Kenntnis zu setzen.

Abschnitt 2 - Förderung von innovativen Projekten auf Antrag

Art. 37 – Innovative Projekte

Für die Anwendung von Artikel 12 des Dekrets gelten insbesondere Projekte als innovativ, die:

1. auf eine Nachfrage im Bereich der Sozialwirtschaft reagieren, der bis zu dem Zeitpunkt nicht oder unzureichend entsprochen wird;
2. der Förderung der Sozialwirtschaft auf dem deutschen Sprachgebiet dienen;
3. der Neuschaffung und Weiterentwicklung von Sozialbetrieben dienen;
4. die sozioprofessionelle Integration von benachteiligten Personen mit Wohnsitz auf dem deutschen Sprachgebiet fördern;
5. der Sichtbarkeitssteigerung des Sektors und der Betriebe der Sozialwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dienen;
6. der Förderung und Intensivierung des partizipativen Beschlussfassungssystems der Sozialbetriebe dienen;
7. der Förderung und Verstärkung der umweltfreundlichen, lokalen und nachhaltigen Ausrichtung der Sozialbetriebe dienen.

Art. 38 – Förderfähige Kosten und Art der Beteiligung

§1 – Zur Konzeption und Umsetzung von innovativen Projekten im Bereich der Sozialwirtschaft können Personal- und Funktionskosten der Betriebe im Hinblick auf ihre Bezuschussung berücksichtigt werden.

Die förderfähigen Personal- und Funktionskosten sind:

1. die in Artikel 36 §1 Absatz 1 erwähnten Gehaltskosten;
2. die Büro- und Verwaltungsausgaben und die Funktionskosten, darunter Büroausstattung, Fahrtkosten, Mieten und Mietnebenkosten pauschalisiert auf höchstens 20% der Gehaltskosten;
3. die Kosten für externe Dienstleister und Berater.

Pro Personalmitglied wird der Zuschuss um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Gehaltskosten überschreitet.

§2 – Die Beteiligung an den gemäß §1 erwähnten förderfähigen Kosten kann in Form eines Zuschusses oder eines zinslosen Darlehens gewährt werden.

§3 – Der Antragsteller reicht jährlich einen Zwischenbericht bei der Verwaltung ein. Eine Kostenaufstellung mitsamt Belegen ist bis zum 15. Februar des darauffolgenden Jahres bei der Verwaltung einzureichen.

Der Zwischenbericht wird anlässlich des Begleitausschusses vorgestellt, zu dem der Antragsteller einlädt.

Nichtbelegte oder nicht-förderfähige Kosten werden mit einer etwaigen nächstfolgenden Beteiligung verrechnet. Mangels nachfolgender Kostenbeteiligung fordert der Minister die nichtbelegten oder nicht-förderfähigen Kosten zurück.

Art. 39 – Antragsverfahren

Zum Erhalt der Beteiligung reicht der Betrieb jährlich bis zum 30. April einen Antrag bei der Verwaltung ein. Die Verwaltung stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 12 §2 des Dekrets erwähnten Elemente abfragt.

Unbeschadet des Artikels 10 prüft die Verwaltung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, ob das Pilotprojekt die in Artikel 12 §1 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt und erstellt ein entsprechendes Gutachten.

Art. 40 – Auszahlungsmodalitäten

Die Zuschüsse werden monatlich in Zwölfteln ausgezahlt.

Abschnitt 3 – Förderung von innovativen Projekten im Rahmen eines Projektauftrags

Art. 41 – Innovative Projekte

Projekte im Sinne von Artikel 13 des Dekrets gelten als innovativ, wenn sie die in Artikel 37 erwähnten Merkmale aufweisen.

Art. 42 – Förderfähige Kosten und Art der Beteiligung

Als förderfähig gelten die in Artikel 38 §1 erwähnten Kosten.

Die Beteiligung an diesen förderfähigen Kosten kann in Form eines Zuschusses oder eines zinslosen Darlehens gewährt werden.

Der Antragsteller reicht jährlich einen Zwischenbericht bei der Verwaltung ein. Eine Kostenaufstellung mitsamt Belegen ist bis 31. Januar des darauffolgenden Jahres bei der Verwaltung einzureichen.

Der Zwischenbericht wird anlässlich des Begleitausschusses vorgestellt, zu dem der Antragsteller einlädt.

Nichtbelegte oder nicht-förderfähige Kosten werden mit einer etwaigen nächstfolgenden Beteiligung verrechnet. Mangels nachfolgender Kostenbeteiligung fordert der Minister die nichtbelegten oder nicht-förderfähigen Kosten zurück.

Art. 43 – Antragsverfahren

Zum Erhalt der Förderung reicht der Betrieb nach Veröffentlichung des Projektaufrufs einen Antrag bei der Verwaltung ein. Die Verwaltung stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 13 §§1 und 2 des Dekrets erwähnten Elemente abfragt.

Unbeschadet des Artikels 10 prüft die Verwaltung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, ob das Pilotprojekt die in Artikel 13 §1 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt und erstellt ein entsprechendes Gutachten.

Abschnitt 4 – Bezuschussung von Sozialbetrieben ohne vorhandene strukturelle Bezuschussung

Art. 44 – Qualifikation, Berufserfahrung und Führung der Betreuer

Für die Anwendung des Artikels 14 Absatz 1 Nummern 3 und 4 des Dekrets sind die Artikel 29 und 30 entsprechend anwendbar.

Art. 45 – Antrags- und Revisionsverfahren

Für die Beantragung der in Artikel 14 des Dekrets vorgesehenen Bezuschussung und die Revision des Zuschussbetrags sind die Artikel 31 bis 33 entsprechend anwendbar.

Art. 46 – Höhe der Bezuschussung

Der in Artikel 14 des Dekrets vorgesehene Zuschuss entspricht dem in Artikel 34 festgelegten Zuschuss und wird entsprechend den Bestimmungen desselben Artikels indexiert.

Abschnitt 5 – Verstoß gegen die Bezuschussungsbedingungen

Art. 47 – Inverzugsetzung

Wenn die Verwaltung feststellt, dass der Betrieb eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt die Verwaltung den Betrieb in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen und innerhalb derselben Frist Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Betrieb spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen bei der Verwaltung beantragen.

Art. 48 – Aussetzung

Kommt der Betrieb nach der in Artikel 47 erwähnten Inverzugsetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einem Gutachten der Verwaltung die Auszahlung der Zuschüsse aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Betrieb per Einschreiben seine Absicht mit. Der Betrieb kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Betrieb unverzüglich übermittelt.

Art. 49 – Aufhebung

Kommt der Betrieb nach Ablauf der Dauer der in Artikel 48 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten der Verwaltung die Auszahlung der Zuschüsse definitiv aufheben.

Vor der Aufhebung teilt der Minister dem betroffenen Betrieb per Einschreiben seine Absicht mit. Der Betrieb kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufhebung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Betrieb unverzüglich übermittelt.

KAPITEL 4 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 50 – Datenkategorien

Die in Artikel 14 erwähnte Personalliste umfasst folgende personenbezogene Daten:

1. in Bezug auf die von den sozialen Eingliederungsbetrieben begleiteten Personen:
 - a) Name und Vorname;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Eigenschaft im Sinne von Artikel 14 Absatz 3;
 - d) Name und Vorname des Betreuers, dem die benachteiligte Person im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung zugewiesen ist;
 - e) Einstellungsdatum bzw. Enddatum der Beschäftigung;
2. in Bezug auf die bei den sozialen Eingliederungsbetrieben angestellten Betreuer:
 - a) Name und Vorname;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) die Angabe, ob es sich um einen Betreuer handelt.

KAPITEL 5 – NETZWERK SOZIALWIRTSCHAFT

Art. 51 – Zusammensetzung des Netzwerks Sozialwirtschaft

§1 - Dem Netzwerk gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. der für die Sozialwirtschaft zuständige Minister;
2. je ein Vertreter der auf dem deutschen Sprachgebiet anerkannten Sozialbetriebe bzw.-projekte;
3. ein Vertreter des Arbeitsamtes;
4. zwei Vertreter der öffentlichen Sozialhilfezentren mit Sitz auf dem deutschen Sprachgebiet;
5. ein Vertreter der Dienststelle;
6. zwei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon ein Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und ein Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
7. ein Vertreter des für Sozialwirtschaft zuständigen Ministers;
8. zwei Vertreter der Verwaltung.

Die Verwaltung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Netzwerks.

§2 – Der Minister oder sein Vertreter übernimmt den Vorsitz des Netzwerks.

Art. 52 – Funktionsweise

§1 - Das Netzwerk tagt nach Bedarf und mindestens einmal pro Jahr.

In Absprache mit den Mitgliedern des Netzwerks erstellt die Verwaltung im Vorfeld eine Tagesordnung, die den Mitgliedern ggf. mit den entsprechenden Anlagen mindestens eine Woche im Voraus zugestellt wird.

§2 – Das Netzwerk kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute und Referenten zu spezifischen Themen zu den Sitzungen einladen.

KAPITEL 6 – BERICHTERSTATTUNG

Art. 53 – Einreichungsfrist des Tätigkeitsberichts

Der in Artikel 25 des Dekrets erwähnte Tätigkeitsbericht ist bis spätestens zum 30. Juni des Jahres, das der Genehmigung dieses Berichts durch die Generalversammlung folgt, bei der Verwaltung einzureichen.

Art. 54 – Mindestanforderungen

Der Bericht gibt mindestens darüber Auskunft, wie der Sozialbetrieb die Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Prinzipien umsetzt und welche Aktivitäten in diesem Zusammenhang ausgeführt wurden.

Art. 55 – Einreichungsfrist der statistischen Angaben

Die in Artikel 25 §2 des Dekrets erwähnten statistischen Angaben sind bis spätestens zum 1. September des laufenden Jahres einzureichen und beziehen sich auf den Personalstand am 30. Juni.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 56 – Abänderungsbestimmung

Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 10. März 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. Im Rahmen des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft anerkannte soziale Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren;“

2. §1 Nummer 12 wird aufgehoben;

3. §2 wird aufgehoben.

Art. 57 – Abänderungsbestimmung

Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird wie folgt ersetzt:

„Art. 12 - Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration

Bei den in Artikel 9 des Dekrets erwähnten Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration handelt es sich um die im Rahmen des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft von anerkannten Vorschalt- und Integrationszentren angebotenen Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.“

Art. 58 – Abänderungsbestimmung

Artikel 20 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende wird wie folgt ersetzt:

„Als Vorschalt- und Integrationsmaßnahme im Sinne von Absatz 1 gelten die im Rahmen des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft von anerkannten Vorschalt- und Integrationszentren angebotenen Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.“

Art. 59 – Abänderungsbestimmung

Artikel 1 Nummer 8 des Ministeriellen Erlasses vom 10. Oktober 2004 zur Aufstellung der Liste der sozialwirtschaftlichen Initiativen im Hinblick auf die Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung wird wie folgt ersetzt:

„8. des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft;“

Art. 60 – Abänderungsbestimmung

Artikel 2 Nummern 2 bis 5 desselben Ministeriellen Erlasses werden aufgehoben.

Art. 61 – Aufhebungsbestimmung

Der Ministerielle Erlass vom 4. Mai 2007 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens der Eingliederungsbetriebe, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2017,

wird aufgehoben.

Art. 62 – Aufhebungsbestimmung

Der Ministerielle Erlass vom 10. Januar 2019 zur Festlegung der Liste gewisser Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration im Beschäftigungsbereich wird aufgehoben.

Art. 63 – Übergangsbestimmung

Die in Artikel 1 Nummern 1 und 2 des Ministeriellen Erlasses vom 10. Januar 2019 zur Festlegung der Liste gewisser Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration im Beschäftigungsbereich erwähnten Maßnahmen gelten für die Anwendung des Artikels 12 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und des Artikels 20 des Erlasses vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende bis zum 31. Dezember 2026 als Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.

Art. 64 – Übergangsbestimmung

Die in Artikel 44 vorgesehenen Anforderungen sind anwendbar auf Betreuungspersonal, das ab Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses das in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnte vorhandene Personal des Sozialbetriebs ersetzt oder ergänzt.

Art. 65 – Inkrafttreten

Das Dekret und vorliegender Erlass treten am 1. Juli 2024 in Kraft.

Art. 66 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Sozialökonomie wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2024.03.21
13:22:24 +01'00'

A. ANTONIADIS

**Anhang 1 zum Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 29. Januar 2024
über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft**

**Richtwerte zur Beantragung von bezuschussten Betreuerstellen für die anerkannten
sozialen Eingliederungsbetriebe in Anwendung von Artikel 11 oder 14 des Dekrets**

Anzahl Teilnehmer	Anzahl Betreuer (in Vollzeit-äquivalent)
4-10	1
11-15	1,5
16-20	2
21-25	2,5
26-30	3
31-35	3,5
36-40	4
41-45	4,5
46-50	5
51-55	5,5
56-60	6
61-65	6,5
66-70	7
71-75	7,5
76-80	8
81-85	8,5
86-90	9
91-95	9,5
96-100	10

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom *** zur Ausführung des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis
Datum: 2024.03.21
13:22:39 +01'00'

A. ANTONIADIS

**Anhang 2 zum Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 29. Januar 2024
über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft**

**Richtwerte zur Beantragung von bezuschussten Betreuerstellen für anerkannte Vor-
schalt- und Integrationszentren in Anwendung von Artikel 11 oder 14 des Dekrets**

Anzahl Teilnehmer	Anzahl Betreuer (in Vollzeitäquivalent)
4-6	1
7-9	1,5
10-12	2
13-15	2,5
16-18	3
19-21	3,5
22-24	4
25-27	4,5
28-30	5
31-33	5,5
34-36	6
37-39	6,5
40-42	7
43-45	7,5
46-48	8
49-51	8,5
52-54	9
55-57	9,5
58-60	10
61-63	10,5
64-66	11
67-69	11,5
70-72	12
73-75	12,5
76-78	13
79-81	13,5
82-84	14
85-87	14,5
88-90	15
91-93	15,5
94-96	16
97-99	16,5
100-102	17

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom *** zur Ausführung des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

**Antonios
Antoniadis**  Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2024.03.21
13:22:58 +01'00'

A. ANTONIADIS

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 9, alinéa 1^{er} ;

Vu le décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, l'article 7, 4°, et l'article 9 ;

Vu le décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale, l'article 1^{er}, alinéa 3, l'article 3, alinéa 1^{er}, 1°, c), et alinéa 2, l'article 4, alinéa 2, l'article 5, alinéa 2, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, § 3, l'article 10, alinéa 2, l'article 11, alinéa 5, l'article 12, § 4, l'article 13, § 3, l'article 14, alinéa 4, l'article 15, § 3, alinéa 2, l'article 20, alinéa 3, l'article 24, alinéa 2, l'article 25, § 1^{er}, alinéa 4, et § 2, alinéa 2 ;

Vu l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi ;

Vu l'arrêté ministériel du 10 octobre 2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale ;

Vu l'arrêté ministériel du 4 mai 2007 définissant la procédure d'agrément des entreprises d'insertion ;

Vu l'arrêté ministériel du 10 janvier 2019 fixant la liste reprenant certaines mesures destinées à l'intégration socioprofessionnelle en matière d'Emploi ;

Vu l'avis de l'Autorité de protection des données * du * ;

Vu l'avis du Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité du * ;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le * ;

Vu l'avis du Comité de gestion chargé de la vie autodéterminée du * ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le [date] ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le [date] ;

Vu l'avis [numéro] du Conseil d'État rendu le [date] en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant l'avis des Centres publics d'action sociale, donné le * ;

Considérant l'avis de l'ArbeitgeberInnenverbandes für den nichtkommerziellen Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, donné le * ;

Considérant l'avis du Service public fédéral Économie, donné le * ;

Sur proposition du Ministre de l'Économie sociale ;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{ER} – DISPOSITIONS COMMUNES

Section 1^{re} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale ;

2° ministre : le ministre qui a l'Économie sociale dans ses attributions ;

3° Office de l'emploi : Office de l'emploi de la Communauté germanophone ;

4° Office pour une vie autodéterminée : Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ;

5° administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent pour la matière de l'Emploi.

Art. 2 – Principes de l'économie sociale

L'objectif visé à l'article 1^{er}, alinéa 2, 1°, du décret est considéré comme atteint lorsque les statuts de l'entreprise sociale comportent la concrétisation d'au moins un objectif social et/ou une activité qui répond à un besoin social ou au besoin d'un groupe spécifique de personnes défavorisées.

Pour la réalisation de l'objectif visé à l'article 1^{er}, alinéa 2, 5°, du décret, l'entreprise sociale s'oriente de manière démontrable vers les objectifs de développement durable des Nations Unies. À cet égard, l'objectif qui y est visé est considéré comme atteint si l'entreprise sociale mène des activités qui contribuent à la réalisation d'au moins cinq des objectifs.

Art. 3 – Personnes défavorisées présentant de multiples obstacles au placement

§ 1^{er} – Pour l'application de l'article 3, alinéa 1^{er}, 1°, c), du décret, sont considérées comme personnes défavorisées les personnes présentant les obstacles au placement suivants :

1° Les demandeurs d'emploi, notamment les chômeurs de longue durée et les demandeurs d'emploi peu qualifiés au sens de l'alinéa 2, les malades de longue durée et les invalides qui présentent un ou plusieurs des obstacles au placement suivants sur le plan psychosocial :

- a) un manque de compétences sociales ;
- b) des déficiences mentales, des troubles psychiques et/ou des déficiences physiques ;
- c) des problèmes au niveau de l'exécution du travail ;
- d) des problèmes au niveau des capacités personnelles et de la motivation ;

2° Les demandeurs d'emploi en situation difficile caractérisée par un ou plusieurs des contextes défavorables suivants :

- a) contexte personnel ;
- b) situation familiale et conditions de prise en charge ;
- a) contexte social ;
- d) conditions de logement ;
- e) situation financière.

Sont considérés comme peu qualifiés les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés qui, avant de commencer à travailler pour une entreprise d'insertion sociale :

1° ne sont pas titulaires d'un Certificat d'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation conduisant à l'obtention d'un tel certificat dans les trois mois suivants, ou ;

2° ne sont pas titulaires d'un certificat de fin d'apprentissage d'un apprentissage visé à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes Moyennes et les PME ou qui ne suivent aucun apprentissage conduisant à l'obtention d'un tel certificat dans les trois mois suivants, ou ;

3° ne sont pas titulaires d'un certificat équivalent à ceux visés aux 1° et 2° et émis par un autre État fédéré ou par un autre État.

§ 2 – L'évaluation des obstacles et des situations énumérés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est effectuée par le service de placement accompagnant conformément à l'article 5. Pour ce faire, le service de placement tient compte de la capacité, du passé professionnel et de la situation personnelle de la personne défavorisée. Le service de placement peut soumettre la personne défavorisée à un examen médical, à un test psychologique et à un test d'aptitude professionnelle. En outre, le service de placement évalue dans quelle mesure la formation s'inscrit dans le parcours d'insertion de la personne défavorisée et est pertinente pour cette personne sur le marché du travail.

Art. 4 – Volontaires encadrés

Sont considérés comme volontaires encadrés au sens de l'article 3, alinéa 1^{er}, 1°, d), du décret, les volontaires au sens de la loi du 3 juillet 2005 relative aux droits des volontaires qui remplissent les conditions suivantes :

1° le service de placement accompagnant conformément à l'article 5, ou l'organisme actif dans le domaine de la psychiatrie conformément à l'alinéa 3 a estimé que l'occupation dans le cadre d'un volontariat encadré était indiquée pour le développement personnel et professionnel de la personne ;

2° l'entreprise d'insertion sociale et le volontaire ont conclu, dans le respect de la loi du 3 juillet 2005 précitée, une convention à durée déterminée qui contient au moins les éléments suivants :

- a) la désignation d'un accompagnateur au sein de l'entreprise d'insertion sociale ;
- b) la fréquence, la nature et l'ampleur des activités ;
- c) l'objectif de l'activité ;
- d) le lieu où les activités sont exercées ;
- e) les règles en matière d'assurance, de vêtements de travail, de sécurité et d'hygiène ;
- f) la nature et la fréquence de l'évaluation du volontariat.

La convention visée à l'alinéa 1^{er}, 2°, peut être prolongée après évaluation conjointe par le service de placement concerné et l'entreprise d'insertion sociale.

Les volontaires encadrés peuvent être placés dans une entreprise d'insertion sociale tant par les services de placement visés à l'article 5 que par les organismes suivants, actifs dans le domaine de la

psychiatrie :

1° les maisons de soins psychiatriques au sens du décret du 4 juin 2007 relatif aux maisons de soins psychiatriques ;

2° les initiatives d'habitations protégées au sens de l'article 6 de la loi coordonnée du 10 juillet 2008 sur les hôpitaux et autres établissements de soins.

Pour le placement dans une entreprise d'insertion sociale, les services de placement et les organismes actifs dans le domaine de la psychiatrie qui assurent le placement s'assurent que l'occupation est adaptée au développement personnel et professionnel. Ceci est notamment le cas lorsque :

1° le volontaire encadré n'est pas en mesure de suivre une formation ou d'exercer une activité professionnelle sur le marché primaire du travail ou un travail adapté pendant au moins 13 heures par semaine en raison d'une combinaison de problématiques psychiques, médicales et sociales qui affectent durablement sa santé et/ou son intégration sociale, et donc son insertion professionnelle ;

2° l'occupation est de nature à préparer le volontaire encadré à une mesure préparatoire.

Art. 5 – Services de placement

Les personnes visées aux articles 3 et 4 peuvent être placées dans une entreprise d'insertion sociale par les services de placement visés au décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

Section 2 – Dispositions procédurales communes

Art. 6 – Disposition introductive

Sauf disposition contraire du présent arrêté, la présente section s'applique aux procédures :

1° d'octroi, de suspension et de retrait d'un agrément comme entreprise sociale, entreprise d'insertion sociale ou centre préparatoire et d'intégration ;

2° d'octroi du mandat prévu à l'article 10 du décret ;

3° d'obtention ou de révision d'une subvention ou d'une promotion ;

4° relatives à l'opposition aux décisions prises dans le cadre des 1° à 3°.

Art. 7 – Possibilité d'utilisation d'un formulaire électronique

Toute demande prévue par le présent arrêté peut être introduite auprès de l'administration sous forme électronique ou sur papier. L'administration met à disposition les formulaires adéquats.

Art. 8 – Prorogation des délais de traitement et de décision

Tous les délais de traitement et de décision prévus par le présent arrêté sont prorogés de plein droit de 40 jours lorsqu'ils commencent à courir ou expirent entre le 1^{er} juillet et le 31 août.

Art. 9 – Examen de la recevabilité

Toutes les procédures de demande prévues par le présent arrêté sont soumises à un examen de la recevabilité par l'administration.

L'administration envoie un accusé de réception écrit au demandeur dans un délai de quinze jours à compter de l'introduction de la demande et lui indique si la demande est complète ou quels sont les renseignements et documents manquants.

Une demande qui ne contient pas les informations et documents requis pour le traitement de la demande concernée est considérée comme irrecevable.

Si, à l'expiration d'un délai d'un mois à compter de l'accusé de réception visé à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires au traitement de la demande n'ont pas été fournis, l'administration déclare la demande irrecevable.

L'administration transmet alors au demandeur une décision d'irrecevabilité par lettre recommandée.

Art. 10 – Examen du contenu

Toutes les procédures de demande prévues par le présent arrêté sont soumises à un examen du contenu par l'administration.

L'administration examine les demandes proprement dites et, dans un délai de quinze jours à compter du moment où la demande est complète, elle établit une recommandation motivée quant à l'octroi ou au rejet de celle-ci et transmet la demande ainsi que sa recommandation au ministre.

Art. 11 – Décision du ministre

Le ministre statue sur chaque demande dans un délai d'un mois à compter de la transmission visée à l'article 10.

L'administration transmet alors au demandeur la décision du ministre comme suit :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire une réclamation ;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance ;
- 3° les délais et les exigences de forme à respecter.

Art. 12 – Procédure d'opposition

Le demandeur peut introduire une réclamation auprès du Gouvernement en cas de rejet de sa demande ou en cas de suspension, de suppression ou de retrait d'un droit qui lui est accordé par ou en vertu du décret.

Le demandeur transmet au Gouvernement la réclamation motivée, accompagnée de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans un délai d'un mois à compter de la réception de la décision litigieuse.

Le Gouvernement statue dans les 45 jours à compter de la réception de la réclamation concernée.

L'article 11, alinéas 2 et 3, s'applique mutatis mutandis.

CHAPITRE 2 – AGRÉMENT

Section 1^{re} – Conditions d'agrément comme entreprise sociale

Art. 13 – Connaissances en gestion

Les connaissances en gestion de la direction de l'entreprise sociale sont considérées comme

suffisantes pour l'application de l'article 4, alinéa 1^{er}, 7°, du décret, pour autant que les exigences posées par le titre 2 de la loi-programme du 10 février 1998 pour la promotion de l'entreprise indépendante et les exigences posées par les articles 7 et 8 de l'arrêté royal du 21 octobre 1998 portant exécution du titre 2, chapitre 1^{er}, de la loi-programme du 10 février 1998 pour la promotion de l'entreprise indépendante soient remplies en ce qui concerne les capacités entrepreneuriales qui y sont visées.

Section 2 – Conditions d'agrément comme entreprise d'insertion sociale

Art. 14 – Personnel de l'entreprise d'insertion sociale à prendre en considération

Pour l'application de l'article 5, alinéa 1^{er}, 6°, du décret, seules les personnes défavorisées sont prises en compte.

Le demandeur d'un agrément comme entreprise d'insertion sociale indique, sur la base d'une liste du personnel, quels membres du personnel sont employés ou formés en tant que personnes défavorisées dans le cadre de l'insertion socioprofessionnelle, et quels membres du personnel exercent d'autres fonctions au sein de l'entreprise.

Lorsqu'il fait cette ventilation, le demandeur indique, en ce qui concerne les personnes défavorisées, en quelle qualité il les emploie :

- 1° bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS ;
- 2° personnes visées à l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale ;
- 3° personnes qui, en application de l'article 20 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, dans le cadre d'un contrat de formation professionnelle, participent à une mesure préparatoire ou d'intégration ;
- 4° personnes occupées dans le cadre d'un stage de formation de l'Office pour une vie autodéterminée en application de l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés ;
- 5° personnes soumises à l'application des articles 63 à 65 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi ;
- 6° travailleurs qui bénéficient d'une allocation de réinsertion en application d'une des dispositions suivantes ou qui ouvrent droit à une intervention financière en application de l'un des arrêtés suivants :
 - a) article 4 de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer ;
 - b) article 131 *quinquies* de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 relatif à l'emploi et au chômage ;
 - c) arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale ;
 - d) arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale.
- 7° personnes soumises à l'application de l'article 14, §§ 1^{er} à 3, de l'arrêté royal du 16 mai 2003 portant exécution du titre 4, chapitre 7, de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002 en ce qui concerne l'harmonisation et la simplification des régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale ;
- 8° personnes qui, en application de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées, suivent une formation en entreprise ;
- 9° personnes qui occupent un emploi en application de l'arrêté du Gouvernement du 26 avril 1994 promouvant l'occupation de personnes handicapées sur le marché libre du travail ;

10° personnes qui, en application de l'article 11, § 1^{er}, 2° ou 3°, du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée, occupent un emploi ;

11° personnes qui effectuent une peine de travail ;

12° travailleurs qui exécutent un contrat de travail en vertu de la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE.

Pour l'application de l'alinéa 3, l'administration recueille de sa propre initiative les attestations existantes auprès de l'Office de l'emploi et de l'Office pour une vie autodéterminée. Le demandeur s'assure être en possession des attestations suivantes :

1° pour les personnes visées à l'alinéa 3, 2° : une attestation d'un centre public d'aide sociale ;

2° pour les personnes visées à l'alinéa 3, 6° et 7° : une attestation d'un centre public d'aide sociale, de l'Office national de l'emploi ou de l'Office wallon de la formation professionnelle et de l'emploi.

Art. 15 – Objectifs allégés en matière de personnel pour les nouvelles entreprises d'insertion sociale

Les demandeurs qui exercent leur activité conformément à l'article 5, alinéa 2, du décret, depuis moins de trois ans, peuvent obtenir leur agrément s'ils emploient, au cours des trois premières années de leur activité, au moins trente pour cent de personnes défavorisées parmi leur personnel.

Art. 16 – Concept sociopédagogique

Le concept sociopédagogique visé à l'article 5, alinéa 1^{er}, 7°, du décret, comporte les données suivantes :

1° des informations relatives au plan de développement individuel à conclure avec chaque personne défavorisée. Ce plan de développement individuel :

a) évalue les compétences professionnelles et sociales individuelles existantes ;

b) définit les compétences professionnelles et sociales à promouvoir et à développer ;

2° le rythme d'évaluation de la personne défavorisée ;

3° une description des méthodes utilisées pour déterminer les compétences sociales et professionnelles existantes et celles à accompagner, ou les qualifications partielles au sein ou en dehors de l'établissement ;

4° une description des secteurs d'activité dans lesquels les personnes défavorisées vont travailler ou être formées ;

5° une description des qualifications et/ou de l'expérience du personnel spécialisé affecté à l'accompagnement sociopédagogique.

Art. 17 – Conditions d'agrément supplémentaires

Pour être agréé comme entreprise d'insertion sociale :

1° au moins 4 personnes défavorisées sont accompagnées par le demandeur dans le cadre de l'accompagnement sociopédagogique ;

2° le demandeur dispose d'une direction ayant des connaissances en gestion suffisantes, conformément à l'article 13.

Les conditions d'agrément fixées à l'article 5 du décret et dans la présente section doivent être remplies au moment de l'introduction de la demande.

Section 3 – Conditions d'agrément comme centre préparatoire et d'intégration

Art. 18 – Nombre et terrain d'action des centres préparatoires et d'intégration

Au sein de la région de langue allemande, deux centres préparatoires et d'intégration au maximum peuvent être agréés, le terrain d'action territorial s'étendant principalement au nord de la région de langue allemande pour l'un des centres et principalement au sud de la région de langue allemande pour l'autre centre.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre par :

1° Nord de la région de langue allemande : les communes d'Eupen, de Lontzen, de La Calamine et de Raeren ;

2° Sud de la région de langue allemande : les communes d'Ambève, de Bullange, de Burg-Reuland, de Butgenbach et de Saint-Vith.

Art. 19 – Recettes propres à générer

Le pourcentage minimal de recettes propres à générer en vertu de l'article 6, alinéa 2, 2°, du décret est de douze pour cent des recettes totales sur une base annuelle.

Art. 20 – Nombre minimal de participants

Pour pouvoir être agréé comme centre préparatoire et d'intégration, le demandeur doit accompagner au moins quatre personnes défavorisées dans le cadre de l'accompagnement sociopédagogique.

Art. 21 – Conditions d'agrément supplémentaires

Pour pouvoir être agréé comme centre préparatoire et d'intégration :

1° le demandeur propose un accompagnement d'au moins 35 heures par semaine dans le cadre d'une mesure d'intégration ou d'au moins 28 heures dans le cadre d'une mesure préparatoire. Les heures de participation effectives doivent être déterminées individuellement avec la personne défavorisée, en tenant compte de ses possibilités et besoins individuels, et avec le service de placement. Les mesures peuvent être adaptées à tout moment aux besoins individuels ;

2° le concept sociopédagogique contient, outre les informations visées à l'article 16, des explications sur les méthodes utilisées pour proposer et mettre en œuvre les mesures préparatoires et d'intégration ;

3° la demande contient un avis de l'Office de l'emploi concernant la cohérence des mesures proposées en matière d'emploi.

Les conditions d'agrément fixées aux articles 5 et 6 du décret, dans la section 2 et dans la présente section doivent être remplies au moment de l'introduction de la demande.

Section 4 – Procédures d'agrément et de retrait

Art. 22 – Disposition commune aux demandes d'agrément

L'administration met à la disposition du demandeur un formulaire de demande qui reprend les éléments suivants :

1° la dénomination de l'agrément demandé ;

2° la dénomination du demandeur, sa forme juridique et son numéro d'entreprise ;

3° l'adresse et l'activité de l'unité d'établissement en région de langue allemande ;

4° des informations relatives à son objet social ;

5° la confirmation qu'il ne viole aucune disposition légale ou réglementaire en lien avec l'exercice de son activité, notamment en matière de non-discrimination, de comptabilité, de droit fiscal, de droit social et de droit du travail ;

6° la confirmation qu'il n'a aucune dette fiscale ou autre en cours envers l'Office national de Sécurité sociale ou le ministère de la Communauté germanophone ;

7° la confirmation que sa direction dispose de connaissances en gestion suffisantes avec indication des conditions fixées conformément à l'article 13 auxquelles le demandeur répond.

La demande visée à l'alinéa 1^{er} doit être accompagnée des documents suivants :

1° une description du projet dans le domaine de l'économie sociale ;

2° une déclaration indiquant dans quelle mesure il respecte les principes visés à l'article 1^{er}, alinéa 2, du décret ;

3° une copie des statuts, dans la mesure où ils ne sont pas disponibles dans la base de données des entreprises.

Art. 23 – Demande d'agrément comme entreprise d'insertion sociale

Le demandeur d'un agrément comme entreprise d'insertion sociale joint à sa demande, outre les documents visés à l'article 22, alinéa 2, les documents suivants :

1° la liste du personnel visée à l'article 14, alinéa 2, et, le cas échéant, une copie des certificats visés à l'article 14, alinéa 5 ;

2° le concept sociopédagogique visé à l'article 16 ;

3° un aperçu des diplômes existants et/ou d'autres titres pertinents des accompagnateurs.

Art. 24 – Suspension de l'agrément

Si, après la mise en demeure visée à l'article 9 du décret, l'entreprise concernée ne respecte toujours pas ses obligations, le ministre suspend l'agrément sur avis de l'administration.

Avant la suspension, le ministre notifie son intention à l'entreprise concernée par lettre recommandée. L'entreprise peut introduire un avis motivé auprès du ministre dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention.

Le ministre statue, dans les trente jours suivant la réception de l'avis ou à l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, sur la suspension de l'agrément et la durée de cette suspension.

La suspension de l'agrément entraîne la suspension du versement des éventuelles subventions accordées en application du décret.

L'article 11, alinéas 2 et 3, s'applique mutatis mutandis.

Art. 25 – Retrait de l'agrément

Si le ministre est amené à retirer l'agrément, il notifie son intention à l'entreprise concernée par lettre recommandée.

L'entreprise peut introduire un avis motivé auprès du ministre dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention.

Le ministre statue, dans les trente jours suivant la réception de l'avis ou à l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, sur le retrait de l'agrément.

Section 5 – Mandat

Art. 26 – Procédure de demande

Les demandeurs peuvent solliciter l'octroi d'un mandat au sens de l'article 10 du décret en introduisant le formulaire prévu aux articles 22 et 23.

Art. 27 – Mandat

Le ministre octroie le mandat pour une durée de dix ans. Il se réfère à la prestation de services d'intérêt économique général qui consistent en l'accompagnement sociopédagogique visé à l'article 3, alinéa 1^{er}, 5°, du décret.

Conformément à l'article 4 de la décision de la Commission du 20 décembre 2011 relative à l'application de l'article 106, alinéa 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne aux aides d'État sous forme de compensations de service public octroyées à certaines entreprises chargées de la gestion de services d'intérêt économique général, le mandat contient notamment les éléments suivants :

1° l'objet et la durée de la prestation de services d'intérêt économique général au sens de l'article 3, alinéa 1^{er}, 5°, du décret.

2° l'entreprise, et, s'il y a lieu, le territoire concerné ;

3° la nature de tout droit exclusif ou spécial octroyé à l'entreprise par le ministre ;

4° la description du mécanisme de compensation et les paramètres de calcul, de contrôle et de révision de la compensation ;

5° les modalités de récupération des éventuelles surcompensations et les moyens d'éviter ces dernières ;

6° une référence à la décision de la Commission du 20 décembre 2011.

Art. 28 – Retrait

Le retrait de l'agrément entraîne le retrait du mandat.

CHAPITRE 3 – SUBVENTIONNEMENT DES ENTREPRISES AGRÉÉES ET SOUTIEN AUX PROJETS NOVA-TEURS

Section 1^{re} – Subventionnement des entreprises d'insertion sociale agréées

Art. 29 – Qualification et expérience professionnelle des accompagnateurs

Pour l'obtention de la subvention visée à l'article 11 du décret, l'entreprise d'insertion sociale s'assure que l'accompagnateur dispose d'un diplôme ou d'un certificat pertinent pour la fonction et/ou d'une expérience professionnelle pertinente.

Dans la mesure où les documents visés à l'alinéa 1^{er} ne font pas apparaître les qualifications et/ou l'expérience professionnelle dont l'accompagnateur concerné peut se prévaloir pour la fonction à occuper, la condition visée à l'article 11, alinéa 1^{er}, 2°, du décret est également réputée remplie si l'entreprise d'insertion sociale peut démontrer que l'accompagnateur concerné dispose de compétences formelles et/ou informelles pertinentes pour sa fonction.

Art. 30 – Conduite des accompagnateurs

Pour l'application de l'article 11, alinéa 1^{er}, 3°, du décret, l'accompagnateur ne peut être condamné en Belgique, à la suite d'un jugement définitif, pour l'un des délits visés au livre 2, titre VIII, chapitres I, I/1, III, IIIbis/1, IIIquater, IV, IVter et titre IX, chapitres I et II, du Code pénal ou pour l'un des délits visés par ou en vertu de la loi du 24 février 1921 concernant le trafic des substances vénéneuses, soporifiques, stupéfiantes, psychotropes, désinfectantes ou antiseptiques et de substances pouvant servir à

la fabrication illicite de substances stupéfiantes et psychotropes, sauf si le jugement était conditionnel et que le condamné n'a pas été privé du droit à la suspension de peine ou si les faits sanctionnés n'ont pas été commis dans le cadre d'une activité similaire et que cinq ans se sont écoulés depuis le prononcé du jugement ou, le cas échéant, depuis la fin de la privation de liberté.

L'accompagnateur ne peut pas avoir été condamné à l'étranger, à la suite d'un jugement définitif, pour un délit comparable à ceux visés à l'alinéa 1^{er}.

L'accompagnateur est tenu de fournir à l'entreprise d'insertion sociale, lors de l'embauche ou sur demande, un extrait de casier judiciaire correspondant et récent. Sur demande d'un inspecteur désigné en vertu du décret du 27 mars 2023 relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi, l'entreprise d'insertion sociale ou les accompagnateurs concernés doivent pouvoir présenter un extrait de casier judiciaire récent destiné à une administration publique.

Art. 31 – Procédure de demande

Les entreprises peuvent solliciter la subvention prévue à l'article 11 du décret soit en même temps que les demandes visées aux articles 22 ou 23, soit à tout autre moment ultérieur à l'octroi de l'agrément.

L'administration met à la disposition du demandeur un formulaire de demande qui, outre les éléments visés aux articles 22 et 23, reprend les éléments suivants :

- 1° les compétences formelles et/ou informelles pertinentes dont dispose l'accompagnateur pour lequel une subvention est demandée, conformément à l'article 29, alinéa 2 ;
- 2° des informations sur la conduite irréprochable de l'accompagnateur ;
- 3° des informations sur la fonction et les domaines d'activité de l'accompagnateur ;
- 4° le nombre de personnes défavorisées à accompagner.

La demande visée à l'alinéa 2 doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° en cas d'application de l'article 29, alinéa 2, une déclaration de l'entreprise relative aux compétences formelles et/ou informelles pertinentes dont dispose l'accompagnateur ;
- 2° un extrait du casier judiciaire de l'accompagnateur.

Art. 32 – Révision du subventionnement sur demande de l'entreprise

L'entreprise éligible au subventionnement peut introduire une demande de révision du subventionnement en cas de changements justifiant une augmentation de la subvention.

Une demande de révision est soumise par écrit à l'administration. Elle permet d'identifier les modifications de l'effectif qui justifient un besoin de financement d'accompagnateurs supplémentaires.

La demande doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° la liste du personnel visée à l'article 14, alinéa 2 ;
- 2° une copie des diplômes et/ou d'autres titres pertinents des accompagnateurs.

Art. 33 – Révision du subventionnement par l'administration

§ 1^{er} – L'administration vérifie, chaque semestre, l'occupation effective des personnes défavorisées et des accompagnateurs prévue respectivement à l'article 5, alinéa 1^{er}, 8°, ou à l'article 6, alinéa 1^{er}, 3°, du décret. À cette fin, l'entreprise remet chaque semestre à l'administration, au plus tard le 15 du mois suivant, une liste du personnel résultant des données trimestrielles sur la base des présences mensuelles, qui permet de connaître le nombre de personnes défavorisées.

Sur la base de cette liste, l'administration vérifie, pour chaque trimestre, le nombre moyen de personnes défavorisées affectées à un accompagnateur conformément à l'article 5, alinéa 1^{er}, 8°, ou à l'article 6, alinéa 1^{er}, 3°, du décret.

§ 2 – Si la condition prévue à l'article 5, alinéa 1^{er}, 8°, ou à l'article 6, alinéa 1^{er}, 3°, du décret, n'est pas remplie en moyenne pendant deux trimestres consécutifs, la subvention est diminuée en conséquence à partir du semestre suivant.

L'administration informe l'entreprise par écrit de toute réduction de la subvention.

§ 3 – Si la condition prévue à l'article 5, alinéa 1^{er}, 8°, ou à l'article 6, alinéa 1^{er}, 3°, du décret, est dépassée en moyenne pendant deux trimestres consécutifs, l'entreprise peut introduire une demande pour un poste d'accompagnateur supplémentaire subventionné.

L'administration informe l'entreprise par écrit de toute augmentation de la subvention.

§ 4 – Pour le calcul du ratio accompagnateurs/personnes défavorisées en application du § 1^{er}, alinéa 2, et des §§ 2 et 3, les barèmes définis aux annexes 1 et 2 sont applicables.

Art. 34 – Montant de la subvention

La subvention est limitée aux coûts salariaux éligibles définis conformément à l'article 36, à concurrence d'un montant maximal de 33 000 euros par an et par accompagnateur équivalent temps plein.

Le ministre peut adapter les subventions au 1^{er} janvier de chaque année, dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant le niveau de l'indice du mois de mars de l'année civile précédente par le niveau de l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année civile et en le multipliant par la subvention en vigueur au moment de l'indexation.

L'indice santé, tel qu'il a été introduit par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays, sert de base à la comparaison des chiffres de l'indice.

Si, en application de l'alinéa 1^{er}, le montant atteint une fraction d'euro, cette fraction d'euro est arrondie à l'euro supérieur ou inférieur, selon que cette fraction atteint ou non 0,5.

Art. 35 – Modalités de paiement

La première subvention est versée sur la base des éléments indiqués dans la demande.

La subvention est versée mensuellement, par douzième. Pour chaque poste accordé, les pièces justificatives relatives au salaire correspondantes doivent être fournies. Celles-ci doivent être remises à l'administration pour le décompte annuel au plus tard le 31 janvier de l'année suivante. La différence éventuelle entre les pièces justificatives et la subvention accordée sera compensée ou, le cas échéant, récupérée.

Art. 36 – Coûts salariaux éligibles

§ 1^{er} – Le montant total annuel de la subvention ne peut pas dépasser la somme des montants suivants :

- 1° le salaire brut ;
- 2° le pécule de vacances ;

- 3° la prime de fin d'année ou la participation prescrite aux frais de déplacement vers le lieu de travail, à verser en vertu de la législation applicable ou de conventions collectives de travail ;
- 4° les montants à payer par l'employeur au profit de l'Office national de sécurité sociale.

Par accompagnateur, la subvention est réduite du montant des autres interventions publiques dans les coûts salariaux si le montant total des interventions publiques dépasse le montant total des coûts salariaux.

§ 2 – L'employeur est tenu d'informer sans délai l'administration de toute modification dans la relation de travail et de toute autorisation d'intervention publique dans les coûts salariaux de l'accompagnateur.

Section 2 – Soutien aux projets novateurs sur demande

Art. 37 – Projets novateurs

Pour l'application de l'article 12 du décret, sont notamment considérés comme novateurs les projets qui :

- 1° répondent à une demande dans le domaine de l'économie sociale qui, jusqu'alors, n'était pas ou pas suffisamment satisfaite ;
- 2° servent à la promotion de l'économie sociale en région de langue allemande ;
- 3° servent à la création et au développement d'entreprises sociales ;
- 4° favorisent l'intégration socioprofessionnelle de personnes défavorisées résidant en région de langue allemande ;
- 5° servent à augmenter la visibilité du secteur et des entreprises de l'économie sociale en Communauté germanophone ;
- 6° servent à promouvoir et à intensifier le système de prise de décision participatif des entreprises sociales ;
- 7° servent à promouvoir et à renforcer l'orientation écologique, locale et durable des entreprises sociales.

Art. 38 – Coûts éligibles et type de participation

§ 1^{er} – Pour la conception et la mise en œuvre de projets novateurs dans le domaine de l'économie sociale, les frais de personnel et de fonctionnement des entreprises peuvent être pris en compte en vue de leur subventionnement.

Les coûts de personnel et de fonctionnement éligibles sont les suivants :

- 1° les coûts salariaux visés à l'article 36, alinéa 1^{er} ;
- 2° les frais de bureau et d'administration et les frais de fonctionnement, dont l'équipement de bureau, les frais de déplacement, les loyers et les charges locatives forfaitisés à vingt pour cent maximum des coûts salariaux ;
- 3° les coûts des prestataires de services externes et des consultants.

Par membre du personnel, la subvention est réduite du montant des autres interventions publiques dans les coûts salariaux si le montant total des interventions publiques dépasse le montant total des coûts salariaux visés à l'alinéa 1^{er}, 1°.

§ 2 – La participation aux coûts éligibles visés au § 1^{er} peut prendre la forme d'une subvention ou d'un prêt sans intérêts.

§ 3 – Le demandeur soumet chaque année un rapport intermédiaire à l’administration. Un état de frais accompagné des pièces justificatives doit être remis à l’administration au plus tard le 15 février de l’année suivante.

Le rapport intermédiaire est présenté à l’occasion du comité de suivi, auquel le demandeur est invité.

Les coûts non justifiés ou non éligibles seront déduits d’une éventuelle participation ultérieure. En l’absence de participation financière ultérieure, le ministre récupère les coûts non justifiés ou non éligibles.

Art. 39 – Procédure de demande

Pour obtenir la participation, l’entreprise soumet chaque année une demande à l’administration avant le 30 avril. L’administration met à disposition un formulaire de demande à cet effet, qui reprend les éléments visés à l’article 12, § 2, du décret.

Sans préjudice de l’article 10, l’administration examine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, si le projet pilote remplit les conditions visées à l’article 12, § 1^{er}, du décret, et émet un avis à ce sujet.

Art. 40 – Modalités de paiement

Les subventions sont versées mensuellement, par douzième.

Section 3 – Soutien aux projets novateurs dans le cadre d’un appel à projets

Art. 41 – Projets novateurs

Les projets au sens de l’article 13 du décret sont considérés comme novateurs s’ils présentent les caractéristiques visées à l’article 37.

Art. 42 – Coûts éligibles et type de participation

Sont considérés comme éligibles les coûts visés à l’article 38, § 1^{er}.

La participation à ces coûts éligibles peut prendre la forme d’une subvention ou d’un prêt sans intérêts.

Le demandeur soumet chaque année un rapport intermédiaire à l’administration. Un état de frais accompagné des pièces justificatives doit être remis à l’administration au plus tard le 31 janvier de l’année suivante.

Le rapport intermédiaire est présenté à l’occasion du comité de suivi, auquel le demandeur est invité.

Les coûts non justifiés ou non éligibles seront déduits d’une éventuelle participation ultérieure. En l’absence de participation financière ultérieure, le ministre récupère les coûts non justifiés ou non éligibles.

Art. 43 – Procédure de demande

Pour pouvoir être soutenue, l'entreprise soumet une demande à l'administration après la publication de l'appel à projets. L'administration met à disposition un formulaire de demande à cet effet, qui reprend les éléments visés à l'article 13, §§ 1^{er} et 2, du décret.

Sans préjudice de l'article 10, l'administration examine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, si le projet pilote remplit les conditions visées à l'article 13, § 1^{er}, du décret, et émet un avis à ce sujet.

Section 4° – Subventionnement des entreprises sociales sans subvention structurelle existante

Art. 44 – Qualification, expérience professionnelle et direction des accompagnateurs

Pour l'application de l'article 14, alinéa 1^{er}, 3° et 4°, du décret, les articles 29 et 30 s'appliquent mutatis mutandis.

Art. 45 – Procédure de demande et de révision

Pour la demande de subventionnement prévue à l'article 14 du décret et la révision du montant de la subvention, les articles 31 à 33 s'appliquent mutatis mutandis.

Art. 46 – Montant de la subvention

La subvention prévue à l'article 14 du décret est égale à celle fixée à l'article 34 et est indexée conformément aux dispositions de ce même article.

Section 5 – Violation des conditions de subventionnement

Art. 47 – Mise en demeure

Si l'administration constate que l'entreprise ne respecte pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté ou qu'elle contrevient à leurs dispositions, l'administration met l'entreprise en demeure de se conformer à ces obligations dans un délai de trente jours et de présenter dans le même délai ses observations sur les faits reprochés.

Sur demande motivée, l'entreprise peut demander à l'administration, au plus tard dix jours avant l'expiration du délai visé à l'alinéa 1^{er}, une seule prolongation de ce délai, d'une durée maximale de trente jours.

Art. 48 – Suspension

Si, après la mise en demeure visée à l'article 47, l'entreprise ne respecte toujours pas ses obligations, le ministre suspend le versement des subventions sur avis de l'administration.

Avant la suspension, le ministre notifie son intention à l'entreprise concernée par lettre recommandée. L'entreprise peut introduire un avis motivé auprès du ministre dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention.

Le ministre statue, dans les trente jours suivant la réception de l'avis ou à l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, sur la suspension du versement et la durée de cette suspension.

Cette décision est transmise sans délai à l'entreprise concernée.

Art. 49 – Suppression

Si, à l'expiration de la durée de la suspension visée à l'article 48, l'entreprise ne respecte toujours pas ses obligations, le ministre peut supprimer définitivement le versement des subventions sur avis de l'administration.

Avant la suppression, le ministre notifie son intention à l'entreprise concernée par lettre recommandée. L'entreprise peut introduire un avis motivé auprès du ministre dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention.

Le ministre statue, dans les trente jours suivant la réception de l'avis ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, sur la suppression.

Cette décision est transmise sans délai à l'entreprise concernée.

CHAPITRE 4 – CONFIDENTIALITÉ ET PROTECTION DES DONNÉES

Art. 50 – Catégories de données

La liste du personnel visée à l'article 14 comprend les données à caractère personnel suivantes :

1° en ce qui concerne les personnes accompagnées par les entreprises d'insertion sociale :

a) les nom et prénom ;

b) le numéro d'identification et le numéro de registre national visés à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la sécurité sociale ;

c) la qualité au sens de l'article 14, alinéa 3 ;

d) le nom et le prénom de l'accompagnateur auquel la personne défavorisée est attribuée dans le cadre de l'accompagnement sociopédagogique ;

e) la date d'embauche ou la date de fin de l'occupation ;

2° en ce qui concerne les accompagnateurs employés dans les entreprises d'insertion sociale :

a) les nom et prénom ;

b) le numéro d'identification et le numéro de registre national visés à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la sécurité sociale ;

c) l'indication de s'il s'agit d'un accompagnateur.

CHAPITRE 5 – RÉSEAU D'ÉCONOMIE SOCIALE

Art. 51 – Composition du réseau d'économie sociale

§ 1^{er} – Le réseau comprend les membres suivants ayant le droit de vote :

1° le ministre qui a l'Économie sociale dans ses attributions ;

2° un représentant de chaque entreprise sociale ou projet social agréé en région de langue allemande ;

3° un représentant de l'Office de l'emploi ;

4° deux représentants des centres publics d'action sociale ayant leur siège en région de langue allemande ;

5° un représentant de l'Office pour une vie autodéterminée ;

6° deux représentants du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, dont un représentant pour les organisations représentatives des travailleurs et un représentant pour les

organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone ;
7° un représentant du ministre des Affaires sociales ;
8° deux représentants de l'administration.

L'administration assure la rédaction des procès-verbaux des réunions du réseau.

§ 2 – Le ministre ou son représentant assure la présidence du réseau.

Art. 52 – Fonctionnement

§ 1^{er} – Le réseau se réunit selon les besoins et au moins une fois par an.

En concertation avec les membres du réseau, l'administration établit préalablement un ordre du jour qui est envoyé aux membres, le cas échéant avec les annexes correspondantes, au moins une semaine à l'avance.

§ 2 – Pour mener à bien ses missions, le réseau peut inviter à ses réunions des experts et des intervenants sur des thèmes spécifiques.

CHAPITRE 6 – ÉTABLISSEMENT DE RAPPORTS

Art. 53 – Délai de soumission du rapport d'activités

Le rapport d'activités visé à l'article 25 du décret doit être remis à l'administration au plus tard le 30 juin de l'année qui suit l'approbation de ce rapport par l'assemblée générale.

Art. 54 – Exigences minimales

Le rapport indique au moins comment l'entreprise sociale met en œuvre les principes visés à l'article 1^{er}, alinéa 2, du décret, et quelles activités ont été réalisées dans ce contexte.

Art. 55 – Délai de dépôt des données statistiques

Les données statistiques visées à l'article 25, § 2, du décret doivent être transmises au plus tard le 1^{er} septembre de l'année en cours et se rapportent à l'état du personnel au 30 juin.

CHAPITRE 7 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 56 – Disposition modificative

À l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, modifié par l'arrêté royal du 10 mars 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, 2°, est remplacé par ce qui suit :

« 2° Entreprises d'intégration sociale et centres préparatoires et d'intégration agréés dans le cadre du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale ; »

2° le § 1^{er}, 12°, est abrogé ;

3° le § 2 est abrogé.

Art. 57 – Disposition modificative

L'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi est remplacé par ce qui suit :

« Art. 12 – Mesures d'intégration socioprofessionnelle

Les mesures d'intégration socioprofessionnelle mentionnées à l'article 9 consistent en les mesures préparatoires et les mesures d'intégration proposées par des centres préparatoires et d'intégration agréés dans le cadre du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale. »

Art. 58 – Disposition modificative

L'article 20, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, est remplacé par ce qui suit :

« Les mesures préparatoires et les mesures d'intégration au sens de l'alinéa 1^{er} consistent en les mesures préparatoires et les mesures d'intégration proposées par des centres préparatoires et d'intégration agréés dans le cadre du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale. »

Art. 59 – Disposition modificative

Dans l'article 1^{er} de l'arrêté ministériel du 10 octobre 2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale, le 8° est remplacé par ce qui suit :

« 8° du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale ; »

Art. 60 – Disposition modificative

Dans l'article 2 du même arrêté ministériel, les 2° à 5° sont abrogés.

Art. 61 – Disposition abrogatoire

L'arrêté ministériel du 4 mai 2007 définissant la procédure d'agrément des entreprises d'insertion, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2017, est abrogé.

Art. 62 – Disposition abrogatoire

L'arrêté ministériel du 10 janvier 2019 fixant la liste reprenant certaines mesures destinées à l'intégration socioprofessionnelle en matière d'Emploi est abrogé.

Art. 63 – Disposition transitoire

Les mesures visées à l'article 1^{er}, 1° et 2°, de l'arrêté ministériel du 10 janvier 2019 fixant la liste reprenant certaines mesures destinées à l'intégration socioprofessionnelle en matière d'Emploi, sont considérées comme des mesures préparatoires et d'intégration jusqu'au 31 décembre 2026 pour l'application de l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi et de l'article 20 de l'arrêté du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

Art. 64 – Disposition transitoire

Les exigences prévues à l'article 44 sont applicables au personnel d'accompagnement qui, à partir de l'entrée en vigueur du présent arrêté, remplace ou complète le personnel existant de l'entreprise sociale visé à l'article 14, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret.

Art. 65 – Entrée en vigueur

Le décret et le présent arrêté entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2024.

Art. 66 – Règlement d'application

Le ministre qui a l'Économie sociale dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Annexe 1re à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale

Valeurs indicatives pour la demande de postes d'accompagnement subventionnés pour les entreprises d'insertion sociale agréées en application des articles 11 ou 14 du décret

Nombre de participants	Nombre d'accompagnateurs (en équivalent temps plein)
4-10	1
11-15	1,5
16-20	2
21-25	2,5
26-30	3
31-35	3,5
36-40	4
41-45	4,5
46-50	5
51-55	5,5
56-60	6
61-65	6,5
66-70	7
71-75	7,5
76-80	8
81-85	8,5
86-90	9
91-95	9,5
96-100	10

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du *** portant exécution du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale

Valeurs indicatives pour la demande de postes d'accompagnement subventionnés pour les centres préparatoires et d'intégration agréés en application des articles 11 ou 14 du décret

Nombre de participants	Nombre d'ac-compagnateurs (en équivalent temps plein)
4-6	1
7-9	1,5
10-12	2
13-15	2,5
16-18	3
19-21	3,5
22-24	4
25-27	4,5
28-30	5
31-33	5,5
34-36	6
37-39	6,5
40-42	7
43-45	7,5
46-48	8
49-51	8,5
52-54	9
55-57	9,5
58-60	10
61-63	10,5
64-66	11
67-69	11,5
70-72	12
73-75	12,5
76-78	13
79-81	13,5
82-84	14
85-87	14,5
88-90	15
91-93	15,5
94-96	16
97-99	16,5
100-102	17

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du *** portant exécution du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement
A. ANTONIADIS